



Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1,40 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1,76 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Microfilm 25, 50 bei der Oberamtsdruckerei Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enztalbote Herberts & Co., Wildbad; Druckerei: Gebrüder Heilmann, Wildbad. — Postamt: Postfach 231/74 Stuttgart. — Anzeigenpreis: Die einfache Zeile oder deren Raum im Regier-Grundpreis 15 Pf., annehmbare 20 Pf. — Reklamierpreis 30 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Anstufstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konturfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg. — Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad 1, Salm, Hiltelstraße 86, Telefon 679. — Wohnung: Hans Volkmer.

Die Landwirtschaftsvertreter treten aus dem Wirtschaftsbeirat aus

Berlin, 20. Nov. Die drei landwirtschaftlichen Vertreter im Reichswirtschaftsbeirat haben dem Reichskanzler in einem Schreiben mitgeteilt, daß sie aus dem Beirat ausscheiden. Es handelt sich dabei um den Präsidenten des Deutschen Landwirtschaftsrats Dr. Brandes, den Präsidenten der brandenburgischen Landwirtschaftskammer, von Oppen und den Gutsbesitzer Dr. Holtmeier, der den katholischen Bauernvereinen nahesteht.

Die Landwirtschaft war im Beirat dadurch von vornherein verkürzt worden, daß nur drei Vertreter beigezogen wurden. Die Landwirtschaft hat gegen diese Zurücksetzung von Anfang an Einspruch erhoben.

Die Gründe des Austritts

In dem Schreiben, das die Vertreter der Landwirtschaft im Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung gestern an den Reichskanzler gerichtet haben, wird u. a. erklärt: Leider mühten wir heute nach mehrwöchigen Verhandlungen feststellen, daß wir von einer Klärung der Grundfragen noch weit entfernt sind, nicht zuletzt deshalb, weil die Reichsregierung es nach unserer Überzeugung an der erforderlichen Initiative in den Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats hat fehlen lassen. Aber diese Feststellung hätte uns allein nicht veranlassen können, von einer weiteren Mitarbeit in dem Wirtschaftsbeirat abzusehen, wenn nicht durch den Erlaß der neuen Notverordnung über die Offhilfe eine ganz neue Lage geschaffen worden wäre, die wir nicht hinzunehmen vermögen.

Es wäre unseres Erachtens Pflicht der Reichsregierung gewesen, in Übereinstimmung mit dem Wirtschaftsbeirat das gesamte Programm der Wirtschafts- und Finanzsanierung einheitlich zu beschließen, anstatt eine einzelne Maßnahme vorher herauszugreifen. Wir können solche Methoden durch unsere Mitarbeit im Wirtschaftsbeirat nicht mit unserer Verantwortung decken, da kein Bauer in West- oder Süddeutschland es verstehen würde, daß die zum Teil rückwärtslose Eintreibung der von ihm aufzubringenden Lasten fortgeht, zu steigenden Zwangsversteigerungen führt, während gleichzeitig ein allgemeiner genereller Schutz für den Offen ausgesprochen wird.

Wir betonen ausdrücklich, daß wir für die unabweisbare Not des Offens, insbesondere der östlichen Landwirtschaft, volles Verständnis haben und daß wir alle geeigneten Maßnahmen für Vinderung dieser Not begrüßen, daß aber diese Maßnahmen nur im Rahmen eines durchgreifenden Hilfsprogramms für die gesamte deutsche Landwirtschaft von uns vertreten werden können.

Solange aber bei der Reichsregierung ein Gesamtprogramm nicht erkennbar ist, solange an der Methode der Einzelmaßnahmen festgehalten wird, solange die wichtigsten und sofort durchführbaren Maßnahmen — wir erinnern nur an den Butterzoll und die Drofflung entbehrlicher Einfuhr durch entsprechende Devisenbewirtschaftung — immer wieder hinausgeschoben werden, vermögen wir uns auch von den Arbeiten des Wirtschaftsbeirats keinen durchschlagenden Erfolge zu versprechen. Wir werden deshalb den Arbeiten fernbleiben, bis sich die Regierung zu einer anderen Methode und zur Aufstellung eines klaren Programms zwecks Durchführung der zur Rettung der gesamten Landwirtschaft erforderlichen Maßnahmen entschließt.

Wie CNB. erfährt, wird die Reichsregierung, nachdem die Unterzeichner den Brief von sich aus in die Öffentlichkeit gebracht haben, alsbald zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen.

Auf die Schlussfolgerung eines Berliner Blatts, daß der ohnedies nur lose verbundene Wirtschaftsbeirat nunmehr „aufzublauen“ werde, wird amtlich erklärt, davon könne keine Rede sein, da von 25 Mitgliedern nur drei ausgeschieden seien. In zahlreichen Punkten habe der Beirat eine Einigung erzielt. Der Beirat werde am Samstag oder Sonntag wieder zusammentreten.

Zahlenmäßig kommt allerdings nicht viel darauf an, wenn drei Mitglieder aus dem Beirat ausscheiden. Daß es aber die volle Vertretung eines so wichtigen Wirtschaftsteils wie der Landwirtschaft ist, das gibt dem Vorgang seine große und bedauerliche Bedeutung.

Neue Nachrichten

Hugenberg gegen Brüning

CNB Berlin, 20. Nov. Die Deutschnationale Volkspartei veranstaltete gestern Abend im Sportpalast eine Kundgebung, die von über 11 000 Personen besucht war. Dr. Hugenberg, der die Rede hielt, befaßte sich hauptsächlich mit der Politik des Zentrums und der Arbeitslosigkeit. Arbeit und Wohlstand gebe es nur in einer gesunden Privatwirtschaft. Wenn man die Sondertarife der Arbeitermehrheit des einzelnen Werks und der Werkleitung

Tagespiegel

Grandi ist von Washington nach Philadelphia abgereist.

Oegen die Inhaber des vor einigen Tagen mit 5 Millionen Schulden zusammengebrochenen Bankgeschäfts May Marcus u. Co. in Berlin, May Marcus und Berthold Schreiber ist von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren eingeleitet worden. Sie werden der Unterschlagung von 4 1/2 Millionen Einlagegelder beschuldigt.

Um des starren Lärigrundgesetzes willen loszuschlagen, so schlage man die Arbeit tot und züchte Arbeitslosigkeit. Hugenberg griff sodann die Wahlrede des Reichskanzlers in Darmstadt an, die er als eine Anklage wider Willen gegen das Zentrum bezeichnete. Der Redner schob dem Zentrum als dem Jüngling an der deutschen politischen Waage in erster Linie die Schuld und Verantwortung für den Verlauf der letzten 13 Jahre zu. Jetzt sei es der Zentrumskanzler, der sich für die Beantragung des Youngschen Ausschusses drängen lasse. Dabei sei es klar, daß jede weitere Tributzahlung an Frankreich Deutschlands kommerzielle Zahlungsunfähigkeit zur Folge haben werde. Es sei deshalb, wie Baldwins Rede im Unterhaus bestätige, einestige Angelegenheit der Angelegenheiten, sich darüber mit den Franzosen auseinanderzusetzen.

Als Dr. Hugenberg im Verlauf seiner Rede sagte: „Wir wollen einen sauberen Staat“, ging der überwachende Polizeihauptmann zum Rednerpult und beanstandete diese Bemerkung. Während der Polizeioffizier mit Geheimrat Hugenberg und der Versammlungsleitung sprach, entstand im Saal lebhafteste Unruhe. Stürmische Zurufe wurden laut. Als jedoch Geheimrat Hugenberg seine Ausführungen fortsetzte, trat rasch wieder Ruhe ein.

Redeverbot in Preußen

Berlin, 20. Nov. In einer sozialdemokratischen Versammlung kündigte Minister Seering an, er werde Ende dieser oder Anfang nächster Woche eine Verordnung ausgeben, um das Auftreten „politischer Heger“ in öffentlichen Versammlungen zu verhindern. Wie verlautet, soll eine Art „schwarze Liste“ angelegt werden, in der alle diejenigen Persönlichkeiten aufgeführt werden, die als „politische Heger“ im Sinn der Verordnung anzusehen sind und über die ein allgemeines Redeverbot in Preußen verhängt wird.

Keine Verwaltungsvereinfachung in Preußen

Berlin, 20. Nov. Wie verlautet, hat die preussische Regierung auf Veranlassung der Regierungsparteien von der beabsichtigten Auflösung und Zusammenlegung von Landkreisen, durch die viele Beamte überflüssig würden, Abstand genommen.

Verminderung der pädagogischen Akademien

Berlin, 20. Nov. Die preussische Regierung hat beschlossen, die übertrieben hohe Zahl der pädagogischen Akademien im Haushaltsjahr 1932 von 15 auf 10 herabzusetzen und zwar stellen diejenigen in Steint, Altona, Kassel, Erfurt und Kottbus ihre Tätigkeit ein. Bei den übrigen Akademien in Elbing, Frankfurt a. O., Breslau, Beuthen, Halle, Kehl, Hannover, Dortmund, Bonn und Frankfurt a. M. werden im Jahre 1932 keine Neuaufnahmen vorgenommen.

Die Deutschnationalen gegen Pensionsfürzungen

Berlin, 20. Nov. An den Verhandlungen des Haushaltsausschusses beteiligen sich auch deutschnationale Ausschussmitglieder, um beabsichtigte neue Pensionsfürzungen zu bekämpfen.

Zentrum und Hessenwahl

Berlin, 20. Nov. In der gestrigen Sitzung des Vorstands der Reichstagsfraktion des Zentrums wurde u. a. auch das Ergebnis der Wahlen in Hessen besprochen. Formliche Beschlüsse über die Stellungnahme der Partei zu den veränderten Verhältnissen wurden nicht gefaßt. Nach den knappen Berichten der Zentrumspresse ist keine wesentliche Veränderung der Auffassung bezüglich einer etwaigen Neugruppierung der politischen Kräfte zutage getreten, als sie am 5. November in der Reichsausschussung ausgesprochen wurde. — Das Zentrum wird also weiter abwartend bleiben.

König Alfons von den Cortes verurteilt

Madrid, 20. Nov. Die heutige Nachsitzung der Cortes begann mit der Verlesung der Anklage gegen König Alfons XIII. Zwei Mitglieder des zur Feststellung der Verantwortlichkeit eingesetzten Ausschusses forderten die dauernde Verbannung des Königs. Der ehemalige Präsident des spanischen Senats, Graf Romanones, der den König verteidigt, erklärte, der Prozeß sei gesetzlich nicht einwandfrei, da der Angeklagte nicht anwesend sei und sich nicht verteidigen könne. Für alle Vorgänge in Marokko sei der frühere König nicht allein verantwortlich.

Es folgte eine Schilderung der Politik des Königs zwischen vor und nach der Diktatur. Die öffentliche Meinung sei im Jahre 1923 einer Diktatur eher günstig gewesen, der frühere König Alfons sei daher nicht in besonderem Maß schuldig, wenn er damals das Parlament nicht einberufen habe. Allerdings habe es sich damals um einen Verstoß gegen die Verfassung gehandelt. Die Abgeordneten sollten erstlich ihr Gewissen befragen, ehe sie ihr Urteil fällen.

Die Cortes fällten das Urteil in früher Morgenstunde. Danach wird der ehemalige König Alfons des Hochverrats für schuldig erklärt und ihm vorgeworfen, daß er seine Machtbefugnisse unter Zuhilfenahme gegen die Verfassung ausgeübt habe. Der oberste Gerichtshof der Nation erklärte ihn deshalb als außerhalb des Gesetzes stehend. Der frühere König verliert daher alle Ansprüche auf seinen Besitz, die in das Eigentum der Republik übergehen. Jeder spanische Bürger kann ihn verhaften, falls er wieder spanischen Boden betreten sollte.

Die Sitzung war erst morgens 4 Uhr beendet.

Grandis Besuch in Washington

Der gemeinsame amtliche Bericht

Washington, 20. Nov. Vom italienischen Außenminister Grandi und dem amerikanischen Staatssekretär Stimson wurde folgende gemeinsame Mitteilung veröffentlicht:

Die durch diesen Besuch gebotene Gelegenheit ist voll genutzt worden für einen offenen und herzlichen Meinungsaustausch über die vielen Probleme von Weltbedeutung, an denen die Regierungen Italiens und der Vereinigten Staaten in gleicher Weise interessiert sind. In der Erkenntnis, daß die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität und des Vertrauens innerhalb unserer beiderseitigen Landesgrenzen ihre schließliche Vollendung nur durch weitere Herstellung der internationalen finanziellen Stabilität und durch ein Vertrauen, das so weit gehen kann, daß es alle Nationen einschließt, finden kann, haben wir versucht, die bereits zu diesem Zweck begonnene Bemühungen fortzusetzen durch eine aufrichtige Erörterung der vielen bedeutsamen und miteinander im Zusammenhang stehenden internationalen Fragen, deren Lösung eine anerkannte Notwendigkeit geworden ist.

Das Thema der Besprechungen sind folgende wichtige Fragen gewesen: Die gegenwärtige Finanzkrise, die Schulden zwischen den Regierungen, Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen, die Stabilisierung der internationalen Währungen und andere lebenswichtige wirtschaftliche Fragen. Wir glauben, daß die bereits bestehenden Verständigungen zwischen den Hauptmächten noch erweitert werden können und erweitert werden sollten, und daß die allgemeine Annahme des auf Grandi zurückgehenden Vorschlags für ein Rüstungsstilljahr ein Fingerzeig ist der großen Gelegenheit für die Erreichung konkreter und konkreter Resultate, wie sie durch die bevorstehende Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen gegeben wird.

Es ist nicht der Zweck dieser Zusammenkunft gewesen, irgendwelche Sonderabkommen zu erreichen, sondern die informellen Besprechungen und der Meinungsaustausch haben nur dazu gedient, viele Punkte von gegenseitigem Interesse zu klären, und sie haben zu einem wohlwollenden Verständnis für unsere Aufgaben geführt. Wir hegen das Vertrauen, daß die während dieses Besuchs geförderten Beziehungen sich wertvoll erweisen werden bei der Legung der Fundamente für eine segensreiche Aktion seitens unserer beiden Regierungen.

Zoneneinteilung auf der Abrüstungskonferenz?

Washington, 20. Nov. „Washington Post“ will aus bester Quelle erfahren haben, daß Stimson und Grandi sich dahin geeinigt hätten, die Beratungen bei der Genfer Abrüstungskonferenz in vier Zonen einzuteilen, unter besonderer Berücksichtigung der Eigenheiten jeder Zone. Die erste Zone soll Amerika, die zweite Westeuropa einschließlich der Kolonien, die dritte Osteuropa und die vierte Asien umfassen. Die militärischen Reserven der Länder sollen nach der tatsächlichen Dienstzeit berechnet werden.

Angeblick soll sich die Bundes-Reservebank bereit erklärt haben, im Notfall Schritte zur Stärkung der italienischen Lira zu unternehmen.

Der Kampf um die Mandchurei

Hartnäckigkeit der Japaner

Paris, 20. Nov. Die Verhandlungen im Völkerbundsrat sind bis jetzt zu keinem befriedigenden Ergebnis gelangt. Japan beharrt sich vor, seine Forderungen gegen die Chinesen ohne Einmischung des Völkerbunds durchzuführen und will keine Truppen nicht aus der Mandchurei

zurückziehen, ehe es nicht die „Sicherheit“ habe, daß China die ihm seinerzeit aufgedrungenen Verträge ausführe. — Damit würde die Zurückziehung der Truppen natürlich auf den St. Nimmerfesttag verzielt.

Belorgnis in England

London, 20. Nov. Die Besse lebt wenig Hoffnung auf die Benützung des Völkerbunds im mandchurischen Streit. Starke Besorgung löst die Erklärung des chinesischen Vertreters Dr. Sze aus, die chinesische Regierung werde nötigenfalls die Sanktionen gegen Friedensbrecher vorsehen. Das würde der Brüstung für den Völkerbund sein. Da Japan jedes Entgegenkommen gegen China ablehnt, ist die englische Presse von dem bisherigen japanfreundlichen Standpunkt etwas abgekommen, und man befürchtet, Japans Macht werde im Osten gewaltig steigen, wenn es ungehindert sich der Meinung der ganzen westlichen Welt widersetzen könne. Namentlich befürchtet man davon eine läßliche Nachwirkung auf Indien. Weiter könnte sich China wieder an Rußland anlehnen, auch könnte der englische Handel nach China von neuem schwer geschädigt werden, falls China sich vom Völkerbund verließen. Daß im Falle des Versagens des Völkerbunds auch die Abrüstungskonferenz aufs schwerste geschädigt würde, wird besonders betont.

Außenminister Simon ist nach London zurückgekehrt, um dem Kabinett über den Stand der Verhandlungen im Völkerbundsrat zu berichten.

Frankreich für Japan

Paris, 20. Nov. Die französische Presse nimmt zum großen Teil Partei für Japan. Der halbamtliche „Temps“ schreibt, es sei unzulässig, daß man (China) über die Gültigkeit eines regelrecht unterzeichneten Vertrags ein Schiedsgericht anrufe, unter welchen Umständen auch immer es zur Unterzeichnung des Vertrags kam. Somit könnte auf diese Weise die Gültigkeit aller Verträge (Versailles usw.) in Frage gezogen werden.

Briand sagte, man dürfe nicht immer und von dem mächtigen Japan und dem schwachen China reden.

Die Stellung Rußlands

Moskau, 20. Nov. Der „Dietypress“ meldet, die Eroberung von Tiflis durch die Japaner habe in Moskau nicht übersehen, da die ungenügende militärische Ausbildung und Ausrüstung der chinesischen Truppen bekannt war. Dagegen wird die Ansicht der Japaner, um Tiflis, also in russischem Interessengebiet, Winterquartiere zu beziehen, ernst beurteilt. Dabei wird auf einen Aufsat des Militärchriftstellers Sinjoku in einem japanischen Fachblatt hingewiesen: „Für den Fall, daß es zu einem Krieg zwischen Rußland und Japan kommen sollte, müssen unsere (japanischen) Bombenflugzeuge vor allem den russischen Hafen Wladivostok und die Eisenbahn zerstören. Wenn unsere Bomben das Eisenbahnen, die Brücken und Stationen zerstören, so wird Sibirien in die Lage zurückgeworfen, in der es sich vor 14 Jahren befand.“

Dawes nimmt an den Sitzungen des Völkerbundsrats teil

Tokio, 20. Nov. Die japanische Regierung wird keinen Einspruch dagegen erheben, daß der amerikanische Botschafter in London, General Dawes, an den Sitzungen des Völkerbundsrates teilnimmt, obschon bekanntlich die Vereinigten Staaten nicht Mitglied des Völkerbunds sind. Japan behält sich indessen das Recht vor, später die Frage der Teilnahme Amerikas an den Sitzungen vom Rechtsstandpunkt aus zu überprüfen (d. h. wenn etwa Amerika gegen Japan Stellung nehme).

Japanische Schlachtschilderungen

Tokio, 20. November.

Auch das Kriegsministerium bestätigt jetzt, daß die japanischen Streitkräfte die Stadt Tiflis eringenommen haben. Die Befestigung der Stadt durch die Japaner werde „vorausichtlich drei Wochen“ dauern. Der Vormarsch der Japaner sei nach den ersten schweren Kämpfen verhältnismäßig leicht gewesen. Kavallerie und Flugzeuge hätten die Vorhut gebildet. Die Hauptstreitkräfte seien auf der Taonan-Angantshi-Eisenbahn gefolgt, die nur verhältnismäßig wenig beschädigt worden sei.

Wie die Zeitung „Nischi-Nischi“ aus der Kampfzone meldet, ist die Wiederherstellung der Eisenbahnstrecke Taonan-Angantshi, die in der Nähe letzterer Stadt von den chinesischen Truppen auf ihrem Rückmarsch zerstört worden war, bereits im Gange. Die japanischen Bombenflugzeuge, die Tiflis während der feindlichen Kämpfe bombardierten, haben dort eine Reihe von Armeemagazinen zerstört, die Lebensmittel und Ausrüstungsgegenstände enthielten.

Ein Berichterstatter der Zeitung „Asahi“, der in einem Flugzeug während des japanischen Vormarsches über dem Schlachtfeld kreiste, beschreibt die sichtbare Wirkung des japanischen Feuers unter den chinesischen Truppen. Die japanischen Flugzeuge seien „wie Habichte auf die chinesische Kavallerie niedergestiegen“ und hätten sie aus nächster Nähe mit Maschinengewehren auseinandergesagt. Alle japanischen Flugzeuge, die am Angriff beteiligt waren, seien unversehrt nach Taish nordlich von Taonan zurückgekehrt.

Japanische Flieger vernichten eine Abteilung Matshangchens

Mukden, 20. Nov. Japanische Flieger führten gegen eine 3000 Mann starke Abteilung der Armee Matshangchens, die in Heilun, 100 Meilen nördlich von Chorbun, zusammengezogen worden war, einen Bombenangriff durch. Die Truppenabteilung soll vollständig vernichtet worden sein.

Der Timesberichterstatler in Tokio meldet: Die Hauptstreitmacht der Japaner zog gestern vormittag 10 Uhr in Tiflis ein. Der Zivilgouverneur von Chorbun, Tschang-tschingui, traf im Lauf des Tags mit seiner Leibwache aus Chorbun ein, rief die „Unabhängigkeit“ der Provinz aus und übernahm die Zivilverwaltung. General Mas Heer befindet sich in Auflösung.

Der Antrag auf Einberufung des beratenden Sonderausschusses

Keine erneute Anerkennung des Youngplans

Berlin, 20. Nov. Der deutsche Antrag auf Einberufung des beratenden Sonderausschusses bildet, wie halbamtlich erklärt wird, ein Glied in einer ganzen Kette von Schritten in der Reparationsfrage, die im Juni d. J. begann, als

die Reichsregierung antwortete, auf Grund der Bestimmungen des Youngplans einen Aufschub antrag zu stellen, und die sich fortsetzte in der Erklärung des Hooverseierjahrs, in der Londoner Konferenz, dem Vasser Vanton-Gutachten und dem Stillhalteabkommen. Daran schließt sich jetzt der Antrag auf Einberufung des Sonderausschusses der V.B.J. als weiterer Schritt auf dem Weg der Konferenz der an der Reparationsfrage interessierten Regierungen.

Die Einberufung des Sonderausschusses gründet sich formal auf die Abreden, die der französische Ministerpräsident Laval bei seinem Besuch in Washington mit dem amerikanischen Präsidenten Hoover getroffen hat. Es wäre völlig abwegig, wenn man dem jetzt vorliegenden deutschen Antrag als ein erneutes Bekenntnis zum Youngplan ansehen wollte, der ja formal niemals außer Kraft gewesen ist.

Für die Beratungen des Sonderausschusses sind in erster Linie die ihm zu übertragenden Befugnisse maßgebend. In amtlichen Kreisen sehe man es als selbstverständlich an, daß der Ausschuss die deutsche Zahlungsfähigkeit nach allen Gesichtspunkten zu berücksichtigen habe, d. h., daß alle Faktoren, die Einfluß auf die deutsche Zahlungsfähigkeit haben, beachtet werden müssen und die Frage der Zahlungsfähigkeit in seiner Gesamtheit besprochen werde. Zur Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage Deutschlands gehört selbstverständlich auch die Prüfung der privaten Verschuldung, die der Ausschuss ebenso berücksichtigen muß wie die Reparationsschulden. Wenn der Ausschuss auch keine Vorschläge für die Regelung dieser privatrechtlichen Schulden machen kann, muß die Neuregelung des Stillhalteabkommens durch die privaten Gläubiger und Schuldner aber notwendigerweise gleichzeitig durchgeführt werden.

Die englischen Einfuhrbeschränkungen Gesetz

London, 20. Nov. Das Oberhaus hat das Einfuhrgesetz angenommen. Vor der Abstimmung erklärte der Staatssekretär für den Krieg, Lord Hallam, die Einfuhr von Fertigwaren nach England habe im September zwei Millionen Pfund betragen, im Oktober sei sie auf 5 Millionen Pfund gestiegen und in den ersten 10 Tagen des November habe die Einfuhr einen Umfang angenommen, der einem Monatsdurchschnitt von 15 Millionen Pfund für November gleichkommen würde.

Der Zusammenbruch der Bank für Handel und Grundbesitz

Berlin, 20. November.

Die Berliner Bank für Handel und Grundbesitz AG. hat, wie bereits kurz gemeldet, ihre Schalter geschlossen. Im ganzen unterhält die Bank in Berlin 23 Zweigstellen und außerdem noch mehrere im Rheinland. Im ganzen sollen etwa 36 000 Einleger betroffen werden, die in erster Linie dem gewerblichen Mittelstand angehören. Die Bank ist 1922 kurz nach der Inflation auf genossenschaftlicher Grundlage gegründet worden mit dem Zweck, Kredite für den Grundbesitz zu beschaffen. Die Bank hat sich sehr schnell und stark entwickelt, was sich auch in der Bilanzsumme zeigt, die von 4,9 auf über 90 Millionen gestiegen ist. Das Aktienkapital von 2 Millionen Mark ist dagegen nicht erhöht worden, abgesehen von einer Million Reserve, die im Lauf der Jahre angeammelt wurden. Seiffert hat sich in den Besitz der Aktienmehrheit gebracht und wählte die Aufsichtsräte, die er brauchte, d. h. Leute, die nichts verstanden. Die Beschlüsse richteten sich in erster Linie gegen den Direktor Willy Seiffert, dessen Gehälte den Reichskommissar für das Bankgewerbe veranlaßt haben, das Einschreiten der Staatsanwaltschaft herbeizuführen. Im Zusammenhang mit diesem neuesten Bankrott wird auch der Name des Abgeordneten Karl Vadenoff viel genannt, der Führer der Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Bank ist.

Die Staatsanwaltschaft I hat gegen den gestern abend flüchtig gewordenen Direktor Seiffert wegen Verstoßes gegen den Haftbefehl erlassen. Seiffert werden Bilanzfälschungen zur Last gelegt. Die Villa Seifferts in Berlin-Bichtersfelde sollte von Donnerstag abend an polizeilich beobachtet werden. Seiffert hatte aber bereits um 8 Uhr, bevor die Beobachtung begonnen, unter Mitnahme einer Pistole die Villa verlassen. Von den Angehörigen wird vermutet, daß er sich das Leben genommen habe. Allerdings ist Seiffert im Besitze eines für das In- und Ausland geltenden Passes, so daß auch ein Fluchtversuch über die Grenze möglich ist. Alle Polizei- und Grenzstationen sind benachrichtigt worden.

Deffau, 20. Nov. Gegen Seiffert schwebt vor dem Deffauer Landgericht seit über Jahresfrist ein Verfahren wegen Meineids. Seiffert ist seinerzeit vom Untersuchungs-ausschuss des anhaltischen Landtags vernommen worden, der zur Aufklärung der Vorgänge eingesetzt worden war, die bei der Abtretung der Salzwerke an die Preuslag (staatliche preussische Aktiengesellschaft) und in Verbindung mit der Erstellung der Reichshypothekenzonenzession an die Deffauer Realbank, eine Zweigstelle der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, eine Rolle gespielt haben. In dieser Sache wurden damals zwei anhaltische Landtagsabgeordnete der Linken der Beschuldigung überführt. Sie hatten für die Abtretung der Salzwerke an die Preuslag gestimmt und dadurch erst die Annahme des Gesetzes ermöglicht. In dem vor einigen Monaten durchgeführten Prozeß vor dem anhaltischen Staatsgericht wurde die Beschuldigung der beiden erwiesen. Einer hatte von Seiffert 10 000, der andere 20 000 Mark erhalten. Vor dem Untersuchungs-ausschuss hatte Seiffert seinerzeit unter seinem Eid ausgesagt, daß er das Geld erst nach der Abstimmung im Landtag verabsolgt habe. Dagegen ist erwiesen, daß er einem der Bestohlenen den Betrag von 20 000 Mark bereits vor der Abstimmung ausgehändigt hat. Sofort nach Bekanntwerden der Flucht Seifferts hat auch die Untersuchungsbehörde beim Deffauer Landgericht alle Maßnahmen ergriffen, um seiner habhaft zu werden.

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 20. November.

In der heutigen Sitzung des Landtags kam es unerwarteter Weise zu einer hochpolitischen Aktion. Vom Zentrum lag eine Große Anfrage vor, wie sich das Staatsministerium zu einschneidenden Verwaltungsmaßnahmen und Organisationsänderungen des Reichsarbeitsministeriums auf dem Gebiete der Sozialversicherung stelle. Wirtschaftsminister Dr. Meier legte dar, das Reich sei der Ansicht, daß organisatorische Änderungen und Leistungsverkürzung bei der Sozialversicherung untrennbar seien. Man wolle den Präsidenten der Landesversicherungsanstalt

zum Reichsbeamten machen. Die württ. Regierung habe schwere Bedenken gegen eine solche Neuregelung geltend gemacht, denn vom Standpunkt des Landes seien die Pläne des Reiches ein Rückschritt. Es handle sich um eine sehr ernst zu nehmende Gefahr, über die die württ. Regierung authentisches Material besitze. Man wolle die Versicherungsämter in den Oberamtsstädten im Oberberufungsamt aufgeben lassen. Weiter wolle das Reich die Landesversicherungsanstalten und die Landm. Berufsgenossenschaften aus dem Gefüge der Länder lösen. Schon lange gehe der Kampf darum, daß nicht weitere Beiträge an das Reich abgehen. Die Regierung brauche in dieser überaus wichtigen Frage die Unterstützung des Parlamentes. Man müsse unverzüglich Protest erheben. Wenn man heute nicht handle, so könne es schon zu spät sein.

Abg. Andre (Z.) erklärte, die württ. Versicherungsämter hätten bis jetzt sehr gut gearbeitet und seien ihrer Aufsichtspflicht gegenüber den Krankenkassen stets nachgekommen. In den Teilen des Reichs, wo die Versicherungsämter falsch aufgezeigt seien, sollte man das württ. Vorbild nachahmen. Der Zusammenschluß der landw. Berufsgenossenschaften empfehle sich nicht ohne weiteres. Durch eine übermäßige Zentralisierung würden nur Maschinenmenschen herangezogen. Abg. Dr. Ströbel (WB.) wandte sich scharf gegen die Pläne des Reichs, die gewiß keine Ersparnisse brächten. Der Wasserkopf Berlin brauche nicht noch mehr zu schluden und die württ. Regierung möge mit der Faust auf den Tisch schlagen und sich der dauernden Eingriffe von Berlin aus verbitten. Der Abg. Weimer (S.) vertrat einen Antrag, die Frage zuerst im Finanzausschuss zu besprechen. Gegen die Ausschussberatung und für den Protest sprachen die Abgg. Joh. Fischer (Dem.), Roth (D.V.), Dr. Hölscher (B.P.), Bausch (WB.) und Bauer (B.N.). Die Aussprache endigte mit der Annahme eines von verschiedenen Parteien gestellten Antrags, worin das Staatsministerium ersucht wird, sich mit allem Nachdruck dagegen zu wehren, daß das Reich auf dem Gebiet der Sozialversicherungen Änderungen trifft, die die Zuständigkeit des Landes Württemberg beeinträchtigen oder ganz aufheben. Gegen den Antrag stimmten die Kommunisten, während sich die Sozialdemokraten der Stimme enthielten.

Dann wurde in der Beratung von Anträgen und Eingaben fortgefahren.

Kleine Anfragen. Die Abg. Dr. Hölscher, Koch und Dr. Wiber haben folgende kleine Anfrage eingebracht: Nach Zeitungsberichten soll die Reichsregierung beabsichtigen: 1. die Betriebskrankenkassen aufzulösen und ihr Vermögen den Ortskrankenkassen zuzuwenden, obwohl sie im Gegenzug zu zahlreichen Ortskrankenkassen finanziell gesund sind und mit geringen Beiträgen auskommen; 2. die Sozialversicherungen unter völliger Ausschaltung der Länder noch weiter zu zentralisieren und ganz in die Verwaltung des Reichs zu übernehmen. Wie fragen das Staatsministerium, ob diese Nachrichten zutreffen und ob das Staatsministerium zutreffendenfalls bereit ist, schärfsten Einspruch gegen solche Pläne zu erheben.

Abg. Schneckenburger richtet an das Staatsministerium die Frage, ob es nicht auch in Württemberg Maßnahmen ergreifen will, um die stellenlosen Junglehrer wieder in eine Verbindung mit der Schule zu bringen wie in Preußen, wo den Lehrern und Lehrern öffentlicher Schulen, welche das 60. Lebensjahr vollendet haben, die Möglichkeit gegeben wurde, sich ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit mit 80 Proz. Pension freiwillig in Ruhestand versetzen zu lassen. Der Fonds, der aus der Differenz zwischen Gehalt und Pension gebildet wird, soll zur Unterbringung eines Teils der stellenlosen Junglehrer dienen.

Anträge des Bauernbunds

Stuttgart, 20. Nov. Die Abgeordneten des Bauernbunds haben im Landtag folgende Anträge gestellt:

1. Das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung zu verlangen, daß für solche Einfuhrerzeugnisse, die bei uns erzeugt werden können und die zum Teil, wie z. B. Obst, Gemüse, Butter, Käse, Wein im Ueberfluß vorhanden sind, sowie für alle Luxuswaren wie Parfüm, Toilettengegenstände, Pelze, ausländische Kleiderstoffe, Schmuckgegenstände usw. die Zuteilung von Devisen unterbleibe.

2. Bei der Reichsregierung nachdrücklich dafür einzutreten, daß der schon längst versprochene Schutz der landwirtschaftlichen Veredelungszeugnisse, insbesondere auch der gesamten Milchwirtschaft, unverzüglich durchgeführt wird.

3. Bestimmungen und Vorkehrungen zu treffen, die angesichts der Bestrebungen, neue Siedlungen zu schaffen, es verhindern, daß durch Zwangsversteigerungen bäuerliche Besitzer von Haus und Hof vertrieben werden; alsbald in Württemberg für landwirtschaftliche Betriebe eine zielbewusste Entschuldungsaktion mit tragbaren Zinsen und Tilgungsquoten in die Wege zu leiten.

4. Bei der Reichsregierung und im Reichsrat dafür einzutreten, daß unsere Waldwirtschaft gegenüber der Holzeinfuhr vom Ausland den notwendigen Schutz durch entsprechende Einfuhrzölle erhält; zu veranlassen, daß eine vermehrte Verwendung von einheimischem Holz bei allen staatlichen und kommunalen und — soweit dies möglich ist — auch bei privaten Bauten erfolgt; daß das Waldkataster den gegenwärtigen Verhältnissen angepaßt wird.

Außerdem sind folgende kleine Anfragen gestellt worden: Die Rentabilitätsverhältnisse in der Schäfererei haben einen bisher ungekannten Tiefstand erreicht. Ist das Staatsministerium bereit, auf die Gemeinden einzuwirken, daß die Schäfer von der Hundsteuer für ihre Schäferhunde befreit werden? — Im nächsten Jahr soll die allgemeine Durchführung des 8. Schuljahrs erfolgen. Angesichts der überaus schwierigen Lage der Landwirtschaft erblicken viele Bewohner des Lands darin eine Härte. Ist das Staatsministerium bereit, dieser Noilage Rechnung zu tragen?

Württemberg

Wirtschaftsfragen des Handwerks

Stuttgart, 20. Nov. Der Landesverband des Württ. hohenz. Handwerks E. B. hielt unter Vorsitz von Malermeister Rothmann-Stuttgart eine Verammlung ab. Die württembergische Regierung wird dringend gebeten, allen Einfluss bei der Reichsregierung dahin geltend zu machen, daß die Verzugszuschläge herabgesetzt werden. Mit möglicher Beschleunigung solle eine entsprechende Zinsentkung herbeigeführt werden. Es wurde ein weiteres Vorgehen zur Beseitigung jeglicher Zwangswirtschaft auf dem Gebiet des Wohnungswesens und für eine Änderung bzw. Beseitigung der Gebäudeeinkommensteuer beschlossen. Das weitere

Vorgehen hinsichtlich der Einführung einer Filialgewerbesteuer, Warenhauszuschlagsteuer usw. wurde gutgeheißen. Weiterer Gegenstand der Verhandlungen war auf Grund eines Berichtes von Syndikus Rehger die außerordentliche Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung und die katastrophale Lage, in die die Unfallversicherung durch den Zusammenbruch und den Rückgang vieler Betriebe gekommen ist. Weiterhin wurde beschlossen, die erforderlichen Vorarbeiten für eine im Lauf des Januar nächsten Jahres durchzuführende große öffentliche Kundgebung des Handwerks und gewerblichen Mittelstands in Stuttgart zu treffen.

Stuttgart, 20. November.

Wieder eine Explosion. Donnerstag mittag explodierte in einer Wirtschaft ein mit Dampf betriebener Bierreiniger. Sämtliche Fenster scheibten des Lokals wie auch einer gegenüberliegenden Wirtschaft wurden zertrümmert. Personen sind nicht verletzt worden.

Das erste Eis. Der Feuersee zeigte heute teilweise eine leichte Eisdicke.

Auto beschossen. Am 17. November, abends 19 15 Uhr, wurde ein SS-Personenkraftwagen auf der Rückkehr von einer kurzen Probefahrt nach Fellbach in der Rheinlandstraße, etwa hundert Meter unterhalb dem Posten der Funterkaserne, auf der linken Straßenseite beschossen. Am Steuer saß der bekannte Kennfahrer und Fahrermeister Otto Merg der Daimler-Benz-WG, Unterürkheim. Die Schüsse hatten einen Kotflügel und den darunterliegenden Reifen zerstört. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Vubenstreich.

Obersüßheim, 20. Nov. Falschmünzer festgenommen. Schon längere Zeit wurden in Stuttgart und Umgebung falsche Fünfmärkstücke in den Verkehr gebracht. Der Täter wurde nun festgenommen. In seinem Besitz befanden sich noch drei falsche Fünfmärkstücke. Es handelt sich um einen 31 J. a. ledigen Kellner von Stuttgart. Er ist geständig. Bei der Durchsichtung seiner Wohnung wurde Werkzeug und Material zur Herstellung von Falschgeld vorgefunden und beschlagnahmt.

Aus dem Lande

Bödingen Odt. Heilbronn, 20. Nov. Ueberfall. Ein auf dem Heimweg befindlicher Kommissionär wurde in der Nähe des Bahnhofsübergangs in der Bödingen Weststraße von mehreren jüngeren Burichen überfallen und übel zugerichtet.

Crailsheim, 20. Nov. Festgenommen. Der wegen versuchten Mordes festschuldig verfolgte Richard Reumann von hier, der am Volksfesttag vor der Polizeiwache auf dem Volksfestplatz auf den Polizeikommissar Deißer aus einer Mehrladungspistole zwei und auf seine Befolger weitere scharfe Schüsse abgegeben hat, ist in Frankfurt a. M. festgenommen worden.

Gmünd, 20. Nov. Kommunisten-Prozeß. Vor dem erweiterten Schöffengericht hatten sich in zweitägiger Verhandlung 20 arbeitslose Kommunisten wegen Vergehens gegen die Verordnung zur Bekämpfung politischer Unruhen, wegen Beamteneleidigung und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Es handelte sich um die Kundgebung am 18. Juli im Innern der Stadt. Die Polizei mußte zweimal einschreiten, wurde beschimpft und tätlich angegriffen. Wegen einen von ihnen stellte der Staatsanwalt zweimal den Antrag auf Verhaftung wegen Meineidsverdachts. Wegen Aufruhr und Landfriedensbruch wurden vier Angeklagte zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem erhielt ein Angeklagter 4 Monate, einer 3 Monate, vier je 3 Wochen, andere vier 2 Wochen. Ein Angeklagter bekam wegen verbotenen Waffentragens drei Monate Gefängnis. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen.

Rottenburg, 20. Nov. Großfeuer. — Ein Todesopfer. Am Donnerstag abend gegen 7 Uhr brach im Autoschuppen des Sägewerkbesizers Neu, dem vor einigen Wochen erst das Sägewerk abgebrannt ist, Feuer aus. Mit unglaublicher Schnelligkeit griff das Feuer auf den angebauten Stall und das Wohnhaus über, die niederbrannten. Ein Lastkraftwagen und ein Personenauto sind mitverbrannt. Der Brand entstand wahrscheinlich durch Explosion des Tanks. Der Beifahrer Wilhelm Leizgus wurde brennend aus der Garage gebracht und ist seinen Verletzungen in der Tübinger Klinik erlegen.

Oberdischingen Odt. Balingen, 20. Nov. Billige Jagd. Die Gemeindejagd, die seither 300 Mark eingebracht hatte, mußte bei der kürzlich erfolgten Wiederverpachtung um 120 Mark abgegeben werden.

Neu-Ulm, 20. Nov. Leichenauffindung. Die Leiche des Bierbrauers Franz Höhe von hier, der auf dem Nachhauseweg in der vorigen Woche in den Illertal geriet, der hart an seiner Wohnung vorbeigeht, ist gestern nachmittag auf einer Kiesbank bei Donauwörth aufgefunden worden.

Heidenheim, 20. Nov. Kameradschaft Arbeitsloser. Hier ist eine Kameradschaft Arbeitsloser gegründet worden, die sich mit einer Eingabe an den würt. Landtag betr. Schaffung von Notarbeit usw. wenden wird.

Bolheim Odt. Heidenheim, 20. Nov. Billige Autos. Bei der gestern hier abgehaltenen Autoversteigerung erzielte ein Personenwagen 87 Mark, ein moderner Chevroletwagen wurde nicht verkauft, da nur 179 Mark geboten wurden.

Oberjulfmetingen Odt. Laupheim, 20. Nov. Zeichen der Zeit. Ein hiesiger Landwirt hatte vor mehr als Jahresfrist ein Kalb, für das ihm 125 Mark geboten wurden. Er verkaufte es damals nicht, sondern zog es auf, um es später als Jungvieh abzusetzen. Jetzt, nachdem das Tier 21 Monate alt ist, bot er es zum Kauf an und erhielt ganze 50 Mark dafür geboten.

Buchau a. J., 20. Nov. Brand. Am Mittwoch abend brach in dem Siegelgebäude des Joseph Ziegler in Dürmentingen Großfeuer aus, dem die ganzen Fabrikationsräume zum Opfer fielen. Auch der Brennofen wurde schwer beschädigt. Der bedeutende Schaden soll nur mäßig durch Versicherung gedeckt sein.

Göppingen Odt. Niedlingen, 20. Nov. Ueberfall. Der 80 J. a. Schneidermeister Menz von hier wurde auf dem Heimweg vom Martinmarkt gegen Abend von zwei Banditen überfallen, zu Boden geworfen, durch Würgen am Schreien gehindert und ausgeraubt.

Gospoldschhofen Odt. Leutkirch, 20. Nov. Schon wieder Brand. In der Nacht auf Donnerstag brannte das Wohn- und Dekonomiegebäude der Witwe Krejzgentia Pimpel nieder. Die Bewohner konnten kaum das nackte Leben retten. Das Vieh und ein geringer Teil der Fahrnis blieb verschont. Es wird Brandstiftung vermutet.

Locales.

Wildbad, den 20. November 1931.

Vortrag. Wir verweisen unsere Leserschaft ganz besonders auf die in heutiger Nummer erscheinende Anzeige des Reichsbunds der Kinderreichen, Ortsgruppe Wildbad. In Anbetracht der großen Not unserer Zeit, unter welcher besonders die Familien, ob kinderreich oder nicht, hauptsächlich zu leiden haben, ist der gewiß sehr lehrreiche und interessante Vortrag der gesamten Einwohnerenschaft zu empfehlen und wäre den idealen Zielen dieser hervorragenden Organisation ein voller Erfolg zu wünschen. Kein Vater und keine Mutter sollte daher versäumen, heute Abend in der „Alten Linde“ zu sein und den Ausführungen des bewährten Redners zu lauschen, gegebenenfalls sich auch Rat und Auskunft zu erbitten.

Schauspielhaus Pforzheim. Sonntag nachmittag wird zu kleinen Preisen der große Erfolg der Operette „Böhmisches Musanten“ gegeben, abends Erstaufführung von „Mademoiselle Docteur“ nach dem Berndorffschen Buch „Espionage“ von Otto Alfred Ballisch. 10 Bilder, die getränkt sind mit einer Handlungsfülle voller Spannung. Der Zuschauer dieses Stückes, durch die Kunst des Autors in atemloser Spannung gehalten, erlebt das Schicksal der Spinin Annemarie Lefter, die sich für ihre Aufgabe opfert. Was das Stück über das gewöhnliche Detektivstück hinaushebt ist das unerhörte Temperament und der starke Bühnensinn, mit welchem der Autor zu fesseln weiß. Die Vorstellung beginnt um 7 1/2 Uhr und endet um 10 Uhr.

Das Warenhaus Geschw. Knopf ein Schmuckstück der Goldstadt Pforzheim.

Wie aus dem gestern erschienenen Inserat der Firma Geschw. Knopf in Pforzheim zu ersehen war, eröffnete dieselbe am Freitag nachmittag 1/3 Uhr ihre neuen erweiterten Geschäftsräume. Durch eine Einladung hatten wir am Freitag vormittag Gelegenheit, dieselben zu besichtigen und waren wir nicht wenig erstaunt, in denselben tatsächlich ein Schmuckstück der Goldstadt Pforzheim zu finden.

Nach Begrüßung durch Herrn Dr. Leoy, der in einleitenden Worten den Werdegang des Knopf-Kongerns schilderte, gab der Bauleiter Herr Ingenieur Mergel ausführlichen Bericht der baulichen Veränderungen, wobei er besonders betonte, daß der Seniorchef Herr Max Knopf trotz der schweren Zeit nicht davor zurückredete, sein Geschäftshaus durch den neuen Ausbau zu vergrößern, wodurch er auch einer großen Anzahl Handwerker für einige Wochen Arbeit brachte.

Bei dem anschließenden Rundgang durch die erweiterten Geschäftsräume, die in ausgedehnte Spezial-Abteilungen eingeteilt sind, konnten wir feststellen, daß dieselben in übersichtlicher Weise angeordnet sind, und man im Erdgeschoss Baumwollwaren, Bett- und Tischwäsche, Seidenstoffe, Schnittmuster, Herren-Artikel, Herren-Konfektion, Strümpfe, Tricotagen, Modewaren, Kurzwaren, Spitzen, Bänder, Lederwaren, Papierwaren, Bücher, Parfümerie, Bijouterie, Taschentücher, Handschuhe, Foto-Artikel; im 1. Stock Damen- und Kinderkonfektion, Putz, Wäsche, Schürzen, Korsetts, Handarbeiten, Badeartikel; im 2. Stock Teppiche, Gardinen Schuhwaren, Erfrischungssaum; im 3. Stock Haushaltwaren, Glas, Porzellan, Steingut, Lampen, Eisenwaren, Bürsten, Bilder, Spielwaren, Lebensmittel; im 4. Stock (Ausstellungssaum) Büroräume, Schreiberei, Kalkulation, Expedition, Plakatmalerei, Kantine, Df-fertenräume findet.

Das Prinzip des Hauses Knopf, der Kundchaft gute Ware bei billigen Preisen, Behaglichkeit, Höflichkeit und vor allen Dingen sachmännische Bedienung zu bieten, hat sich bewährt, was uns am Besten der Werdegang der beiden Geschäftshäuser zeigt.

„Dienst am Kunden war stets das Leitwort des Seniorchefs Herrn Max Knopf, der nun nahezu 75 Jahre alt ist. Nie hat er vergessen, daß ein Unternehmen wie das seine eine volkswirtschaftliche Aufgabe hat, die Bevölkerung mit guter preiswerter Ware zu versorgen. Das Wort „Billig und schlecht“ das man so gerne auf die Warenhäuser anwendet, gilt für das Kaufhaus Geschwister Knopf ganz gewiß nicht, denn dieses hat oft genug bewiesen, daß man — eben durch den Vorteil des gemeinsamen Einkaufs — gute Waren auch zu niedrigen Preisen verkaufen kann. Möge das immer so bleiben!“

Die schönsten Mäntel bei KRÜGER & WOLFF, Pforzheim

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Glückwunsch an Hans Besh. Der Herr Reichspräsident hat dem Verbandsvorsitzer des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Hans Besh, Berlin-Wilmersdorf, zur Vollendung seines 60. Lebensjahrs telegraphisch seinen Glückwunsch ausgesprochen.

Brandstiftungen. In Belgien bei Welzen (Hannover) wurden in der Nacht zum Vukstag drei weit auseinanderliegende große Scheunen mit allen Erntevorräten und landwirtschaftlichen Maschinen gleichzeitig durch Feuer vernichtet. Der Sachschaden ist sehr groß. Es liegt Brandstiftung vor.

Eine Deutsche als Cortes-Abgeordnete. In die spanischen Cortes (Abgeordnetenhause) ist eine von deutschen Eltern stammende Frau Kellen gewählt worden. Sie hat nun aber das spanische Staatsbürgerrecht erwerben müssen.

Säcke auch vorräthig, kauft zu höchsten Tagespreisen Aktiengesellschaft Sack- und Futewarenfabrik, Augsburg III.

Vertretung für jeden größeren Ort wird von würt. Fabrik- und Maschinenbau anfallige Person mit großem Bekantmachungsvermögen, evtl. auch als Nebenberuf, Offerten unter Angabe des vorherigen Wirkungsbereiches unter Z. T. 4121 an Ala-Nassaustraße & Vogler, Stuttgart.

O. Z. 230

Benützen Sie die jetzigen billigen Preise gehen Sie zu **BUSING** Farberei - Chem. Reinigung

Europa im Radio

Die neuen **tremscharfen** Empfänger von Lumophon bringen durch die moderne, **geeichte** und zweifarbig beleuchtete Wellenskala mühelos Stationen aus ganz **Europa**

LUMOPHON W 440
4 Röhren Schirmgitter-Empfänger. Preis ohne Röhren 175.—
Dazu passend der neue dynamische Lautsprecher LUMOPHON D 78. Preis 78.—

LUMOPHON W 300
3 Röhren Schirmgitter-Empfänger. Preis ohne Röhren 144.50
Dazu passend der bekannte 4 polige Lautsprecher LUMOPHON L 53. Preis RM. 53.—



Lumophon

Erzeugnisse von Bruckner & Stark, Nürnberg

Zeitungsverbot. Die in Kiel erscheinende nationalsozialistische Wochenchrift „Der Volkstempel“ ist bis 31. Dezember verboten worden.

Bergsturz an der Renschbahn. Der Weiterbau der Bahnstrecke Oppenau—Griesbach erfährt hinter Peterstal erhebliche Verzögerungen durch Bodenbewegungen, als Folge von Sprengungen. Ein Erdbeben, der vor einigen Monaten eintrat, gefährdete ein Bergmassiv, das im Juli gleichfalls angebrochen wurde und seitdem nicht zur Ruhe gekommen ist. Die Bauleitung sieht sich gezwungen, die Bahnlinie zu verlegen, was auch die Verlegung des Bettes der Rensch und die Verlegung der Landstraße erfordert.

Zwei Drittel aller Oesterreicher in der Sozialversicherung. Der österreichische Minister für soziale Fürsorge, Dr. Reich, stellte fest, daß in Oesterreich einschließlich der mitversicherten Familienangehörigen zwei Drittel der Gesamtbevölkerung unter die Sozialversicherung fallen.

Ein englischs 19 000 Tonnen Motorschiff durch Feuer zerstört. Auf dem im Trockendock von Belfast (Irland) liegenden 19 000 Tonnen großen Lugos-Motorschiff „Bermuda“ brach am Donnerstag abend Feuer aus. Am Mitternacht stand das ganze Schiff in Flammen. Die „Bermuda“ war bereits am 17. Juni ds. Js. im Hafen von Hamilton (Bermudasinseln) durch Feuer schwer beschädigt worden und nach vorläufiger Ausbesserung nach Belfast zurückgekehrt, wo die Wiederherstellungsarbeiten bei Ausbruch des Feuers beinahe beendet waren. Das Schiff ist vollkommen zerstört. Der Schaden beträgt über 20 Millionen Mk.

Eine fällige Steuer. Das trotz der französischen Anleihehilfe an großen Finanzschwierigkeiten leidende Rumänien sucht sich nach bekannten Mustern durch gewaltiges Anziehen der Steuerhebel Luft zu machen. So sollen den Privatangeestellten außer den allgemeinen Staatssteuern eine Sondersteuer auferlegt werden, die von 10 v. H. (bei Monatsgehältern von 3000 Lei oder 75 RM.) bis auf 45 v. H. (bei 200 000 Lei oder 5000 RM.) ansteigt. Eine große Versammlung von Privatangeestellten in Bukarest, die die Zurückziehung des Geschenkwerfs verlangte, wurde am 18. November durch zwei Gendarmerieabteilungen auseinandergetrieben.

Evangelischer Gottesdienst.

25. Sonntag nach dem Dreieinigkeitsfest, Totensonntag, den 22. November 1931.

9 1/4 Uhr Predigt (Text: Phil. 1, 21—24; Lied 532) Stadtpfarrer Dauber.

10 1/4 Uhr Kindergottesdienst.

1 Uhr Christenlehre (Söhne) Stadtpfarrer Dauber.

5 Uhr Bibelstunde Stadtpfarrer Hessler.

In Synrohenhaus.

10 Predigt Stadtpfarrer Hessler.
Das Opfer ist durch Erlaß des Ev. Oberkirchenrats für Kriegshinterbliebenenfürsorge des Landes bestimmt.

Donnerstag, den 26. November 1931.

8 Uhr abends im Gemeindefaal Bibelstundeabend (1. Kor. 6—11).

Katholischer Gottesdienst.

26. Sonntag nach Pfingsten mit Gedächtnisfeier für die Gefallenen.

7 1/4 Uhr Frühmesse, 9 1/4 Uhr Predigt und Amt, 2 Uhr Andacht.

Werttag: 7 1/2 Uhr hl. Messe, Montag 7 1/4 Uhr hl. Messe. Beichte: Samstag nachmittags von 4 Uhr an, Sonntag und Werttag vor der hl. Messe.

Kommunion: Sonntag und Werttag bei der hl. Messe.

Karl Hörmann
Elsa Hörmann
geb. Bott
grüßen als Vermählte
Tübingen — Wildbad
21. November 1931

Das Warenhaus
Geschw. Knopf
ein Schmückstück
der Goldstadt
Pforzheim

Ein

SCHLAGER

Ich biete heute an:

Ueber **1000 Meter**,
96 cm **Fleur de Laine** Reine Wolle
breit

der neueste Modestoff.

Meine Spezial-Hausmarke Eigene Ausrüstung
in 25 Farben und allen Modefarben vorrätig

das Meter **nur** Mark **350** netto.

Sie kaufen hiermit so billig wie in Friedenszeiten!

Sie werden überrascht sein über diesen eleganten, griffigen und vorzügl. Wollstoff bei diesem unerhört billigen Preise!

Benützen Sie diese günstige Gelegenheit und decken Sie Ihren Bedarf für jetzt, für später und für Weihnachten.

Modehaus

SOMMER

PFORZHEIM

gegenüber dem Schauspielhaus

Wer sucht Geld?

Ab 500 Mark in jeder Höhe.
Keine Vermittlg. Auskunft gratis.
D. Sigle, Pforzheim, Klehlesstr. 1.
Nachw. Ab. Auszahlg. unv. Zinseff.

Nischeberg.

Habe vier Stück ausnahmsweise starke

Milchschweine

zu verkaufen.

Sefelschwerdt.

Schauspielhaus Pforzheim

Sonntag den 22. November 1931, nachm. 3^{1/2} Uhr

Zu kleinen Preisen

Der große Operettenerfolg

Böhmische Musikanten

Abends 7^{1/2} Uhr

Mademoiselle Doktor

Ein Bühnenstück nach dem Buch „Spionage“ von Bernhardt.
Beginn 7^{1/2} Uhr. von Paltzsch. Ende 10 Uhr.

Gedenntag

für die Opfer des Weltkriegs.

Der jährliche Gedenntag für die Opfer des Weltkriegs wird am

Sonntag den 22. November 1931

hier folgendermaßen begangen:

1. Gedächtnisgottesdienst in den hiesigen Kirchen.
2. Vormittags 10^{1/4} Uhr: Zug der Vereine, Schulen und sonstigen Teilnehmer vom Kurplatz aus zum Kriegerdenkmal.
3. Gesang des Niederfranzes am Denkmal.
4. Ansprache des Herrn Stadtpfarrers Fischer hier und Kranzniederlegungen.
5. Vortrag des Musikvereins.

Man bittet der Bedeutung des Tages, an dem unser Volk in Treue und Dankbarkeit seiner Gefallenen gedenkt, Rechnung zu tragen, alle lärmenden Veranstaltungen zu unterlassen und die Gebäude halbmaß oder mit Trauerflor zu beflaggen.

Bürgermeisteramt: Bachner.



Der **Krieger- und Militärverein**
einshl.

Kleinkaliber-Schützenabteilung

beteiligt sich morgen am
Gedenntag der Gefallenen des Weltkriegs.
Antreten pünktlich ^{1/2} 10 Uhr vor der Polizeiwache.
Der Vorstand.



Turnverein Wildbad e.V.

Der Verein beteiligt sich am Gedenntag für die Opfer des Weltkriegs am Zuge nach dem Kriegerdenkmal mit der Fahne.

Die Ehren, aktiven und passiven Mitglieder werden zu zahlreicher Beteiligung aufgefordert. Antreten am Vereinslokal „Alte Linde“ ^{1/2} Stunde vor Kirchbeginn.

Der Vorstand.



**Radfahrer-Verein
Schwarzwald
Wildbad e.V.**

Heute abend
**Zusammenkunft
im Lokal.**

Zahlreiche Beteiligung
erwartet
Der Vorstand.

**Reichsbund der Kinderreichen
Deutschlands zum Schutze der Familie e. V.**
Landesverband Württemberg.
Ortsgruppe Wildbad.

Heute Samstag, den 20. Dezember, findet im Saale des Gasthofs „Alte Linde“ abends 8 Uhr ein öffentlicher Vortrag unseres 2. Landesverbandsvorsitzenden, Herrn Dr. Wein, statt, über das Thema

**Ziele des Reichsbunds;
ist zur Zeit eine Organisation nötig?**

Herzu laden wir sämtliche Mütter und Väter, auch nicht kinderreicher Familien freundlichst ein, sowie die Behörden, Seelforger und Lehrerschaft.

Eintritt frei!

Kein Eintrittswang!

Der Vorsitzende.

Wer sich und andern will den Kerger meiden,
Der läßt sich die Haare an Wochentagen schneiden.

PELZE

kauft man am billigsten im Pforzheimer Pelzspezialgeschäft

A. & H. Hilb, Metzgerstr. 21

Unerreicht große Auswahl in Pelzjacken, Fäuche, Skunkskragen, Halskrawatten usw. zu enorm billigen Preisen.

Reparaturen fachmännisch und billig in eigener Werkstatt
Mäntel verlängern, Jacken umarbeiten usw.

Sitzung des Gemeinderats
am Dienstag den 24. Nov. 1931, nachm. 2 Uhr.

Tagesordnung:

1. Turbineneinbau im Elektrizitätswerk II.
2. Bergabung der Dohlenanlage und Gasteitung zu den Wohnhäusern hinter der Turnhalle.
3. Sonstiges.



**Langfristige
DARLEHEN**

zu nur 3 Prozent Zins auf Hypoth. zu Bau, Kauf, Umschuldung und zu anderen Zwecken über Sparvertrag (kurze Wartezeit) Schuldverlaß beim Tod.

Kresega, Kredit-Selbsthilfe, e.G.m.b.H.
Konstanz 28

Generalvertreter: Adolf Götsche, Baumeister
Hochdorf O.-A. Horb a. Neckar.

Bezirksvertreter und stille Vermittler überall gesucht.

SCHIEDMAYER

PIANOFORTEFABRIK STUTTGART

zu den Verkaufspreisen mit den 3 Schaufenstern nur in

Neckarstraße 12 Eckhaus

Tel. 26541-42

Miete — Gebrauchte Instrumente — Tausch — Stimmungen — Reparaturen
Flügel Pianinos Harmonium

Weltberühmte Tonschönheit und Dauerhaftigkeit
An den Advent-Sonntagen von 12-7 Uhr geöffnet

Hüte — Mützen

In Qualität das Beste,
In Form und Farbe elegant,
Im Preise wirklich billig!

Schrenpf

Pforzheim, Westliche 22.